

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreieckstempel: Reichskanzlei Dresden.  
Gesprächsnummer: 25 241.  
Für die Nachgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 15. bis 30. November 1925 bei abg. zweiseitiger Auslieferung im Haus 1.50 Mark.  
Postbezugspreis im Monat November 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.  
Die Ausgaben werden nach Goldmark berechnet: die einzelnen 10 mm breite Zeile 10 Pf., der quadratische 35 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 16 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Zeitungssäule 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Überlande 10 Pf. Pfennig. Ausgaben gegen Vorauflagezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/42  
Druck u. Verlag von Siegle & Reichardt in Dresden.  
Postleitzahl: Postfach 1058 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ gestattet. Unterlängige Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Dr. Luther über Locarno.

Die Besetzung deutschen Landes nicht mehr begründet! — Keine Anerkennung von Versailles!

### Die heutige Reichsregierung.

(Eigner Druckbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Berlin, 23. Nov. Am Regierungssitz im Plenarsaal des Reichstages Reichskanzler Dr. Luther, Reichswirtschaftsminister Sire,emann, Reichsarbeitssminister Braun, Landwirtschaftsminister Graf Manisch, Reichswehrminister Dr. Gehler, Verkehrsminister Krohne. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge sind die Vertreter der fremden Mächte anwesend.

Präsident Wibe eröffnet die Sitzung um 11.35 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Das Wort nimmt sofort

**Reichskanzler Dr. Luther,**

der von den Kommunisten mit dem Zurufe empfangen wird: „Vertreter des amerikanischen Großkapitals!“ (Heiterkeit.) Der Kaiser führt folgendes aus:

Durch das Abschlussgesetz der deutsch-nationalen Mitglieder des Reichskabinetts sah ich mich am 25. Oktober vor die Frage gestellt, ob ich als Reichskanzler ebenfalls dem Herrn Reichspräsidenten mein Rücktrittsgesuch eureichen sollte oder nicht. Eine Belohnung dieser Frage würde eine wesentliche Beeinträchtigung der wichtigen Verhandlungen über die Räumung der Kölner Zone und über die zu erwartenden Rückwirkungen der Abmachungen von Locarno bedeuten haben. Die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts waren mit mir der Überzeugung, daß es um des deutschen Volkes willen notwendig sei, diese Verhandlungen mit allem Nachdruck weiterzuführen, und daß es dazu

bis zur Entscheidung über den Vertrag von Locarno durch die gelehrenden Älterheren des Verbleibens der Reichsregierung im Amt bedürfe.

Der Herr Reichspräsident hat sich dieser Auffassung angeschlossen, und es ist also bald der Festlichkeit bekanntgegeben worden, daß das Kabinett seine Aufgabe darin habe, den gesamten Tatbestand über Locarno bis zur Entscheidung innerhalb der in Locarno vereinbarten Frist zu entwickeln. Daraus ergibt sich die Folgerung, die ich in Übereinstimmung mit den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung entspreche, daß

nach Erledigung des Vertrages von Locarno die Reichsregierung dem Herrn Reichspräsidenten ihre Rücktrittsabsicht zu überreichen hat, um eine Neubildung des Kabinetts zu ermöglichen.

Was den Zeitpunkt für die Ausführung dieses Entschlusses im Falle einer Annahme der Vorlage über den Vertrag von Locarno anbetrifft, so bin ich zwar der Überzeugung, daß auch die Ausführung des Vertrags von Locarno durch ein Kabinett zu erfolgen hat, dessen Zusammensetzung die positive Einstellung zum Vertragswerk gewährleistet. Außerdem scheint mir die unmittelbare Aufnahme des letzten Kabinetts mit der Unterzeichnung des Vertrags abschließen zu sein. Das Reichskabinett wird also, falls die Vorabstimmungen für die Unterzeichnung am 1. Dezember fallen, nach der Rückkehr der Bevollmächtigten aus London seine Menter in die Hände des Herrn Reichspräsidenten legen. Sicht das gegenwärtige Reichskabinett in Erfüllung eines genau begrenzten Zwecks vor dem Reichstag, so wird es

meine Aufgabe sein, eine sachliche Beurteilung des Vertragswerks von Locarno in seinen Hauptzügen einschließlich der bis jetzt erzielten Rückwirkungen und der Räumung der Kölner Zone betreffenden Angelegenheiten zu geben.

Je verwirchter das Bild der öffentlichen Meinung über das Vertragswerk und seine allgemeinen politischen Zusammenhänge geworden ist, desto notwendiger ist es, den Blick ganz fest auf den Tatbestand zu richten. In der Darstellung will ich mit den Fragen beginnen, die dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit am deutlichsten vor Augen stehen. Das sind

### die Rückwirkungen,

Jamal in ihrer Bedeutung für die rheinische Bevölkerung. Diese Rückwirkungen stellen im Verhältnis zum Vertragswerk selbst in keiner Weise Begeleistungen oder gar ein Handelsgeschäft dar. Die rheinische Bevölkerung hat es von sich aus in echt vaterländischem Geiste mit Nachdruck abgelehnt, daß irgendwelche Vorteile, die sie gewinnen könnte, mit politischen Gefahrennachlässen Deutschlands erkaufen sollten. Vielmehr kann die Entscheidung über das Vertragswerk von Locarno nur aus ihm selbst, nur aus der Bewertung seiner allgemeinen politischen Bedeutung erfolgen.

Der Sinn dieses Vertragswerkes kann kein anderer sein als der, neue und wirksame Grundlagen für die friedliche Weiterentwicklung aller Länder Europas zu schaffen.

Ist dem aber so, so muß sich diese neue Entwicklung auch bei all den Deutschland auferlegten Beschränkungen auswirken, die mit einem wahren Friedensaustand unvereinbar sind, die den friedlichen Wiederaufbau hemmen und die dadurch auch, was für die anderen Staaten von besonderer Wichtigkeit ist, Deutschlands Fähigkeiten zur Erfüllung der Reparationsleistungen beeinträchtigen. Gerade in dieser Sinne, wo die deutsche Reichsregierung sich mit letzter Entschlossenheit zu dem großen Friedenswerk von Locarno bekannte, muß ausgesprochen werden, daß auch vom Standpunkt unserer Vertragsgegner durch den Abschluß dieses Friedens-

### die Besetzung deutschen Landes ihre innere Begründung verlieren.

Deutschland ist nicht nur in jeder Besetzung bereit, sondern es hat durch den tatsächlichen Gang der Ereignisse bewiesen, daß es an die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen nach dem Londoner Abkommen alle seine Kräfte setzt. Diese Abmachungen haben obendrein besondere Einrichtungen und Organe vorgesehen, denen die Mitwirkung bei der Ausführung der übernommenen Reparationsverpflichtungen obliegt. Wenn nun noch das Vertragswerk von Locarno abgeschlossen wird, so ist damit die insbesondere von Frankreich Kris geforderte Regelung der Sicherheitsfrage ebenfalls erfolgt.

Angesichts dieses doppelten Tatbestandes fühlt das deutsche Volk mit doppelter Schwere, wie sehr die bloße Tatsache der Besetzung als fortgesetzte seelische Bedrückung und als Ausdruck des Mißtrauens empfunden werden muß. Das deutsche Volk rechnet darauf, daß gerade auch das französische Volk, das seit von tiefer nationalen Gefühle beeindruckt war und besteht ist, in der jetzt beobachteten Entwicklung dieser selbstverständlichen deutschen Einstellung Rechnung trägt. Da aber das deutsche Volk heute noch nicht zu leben vermag, wenn sich seine Hoffnung auf eine Beendigung der Besetzung verwirklichen wird, so sollen sich ausländische Stimmen nicht über den Mangel an Frendlichkeit beklagen, der sich vielfach auch bei denjenigen zeigt, die bereit sind, dem Vertragswerk von Locarno ihre volle Zustimmung zu geben.

Wer einen so mühsamen und vornehmlosen Weg des Wiederaufstiegs zurückzulegen hat, wie das deutsche Volk, wird auf den einzelnen Stufen auch dann die Abschaltung nicht aufzuhalten, wenn die Stufe an sich einen unverkennbaren Schritt nach oben darstellt.

Wenn in den anderen beteiligten Ländern vielfach eine freudige Zustimmung zum Abschluß von Locarno funden worden ist, so ist dies vom deutschen Interesse aus nur bedeutsam, weil ein wirklicher Fortschritt auf dem Wege des Friedens nur dann erzielt werden kann, wenn alle beteiligten Länder von den Abmachungen Nutzen haben. Deshalb kann aus der warmen Zustimmung in den anderen Ländern auch in seiner Weise abgeleitet werden, daß Deutschland nicht etwa auch wesentliche Vorteile aus dem Abschluß als möglich zu würdigen, und daß sie ihm mit Gefühlsmäßigen Hemmungen gegenüberstehen, die in dem Fortbestehen der Besetzung und den sich hieraus ergebenden Bedrückungen ihre Ursachen haben.

Unabhängig von der Frage der Rückwirkungen ist und bleibt für das deutsche Volk die

### Räumung der Kölner Zone.

Seit dem 10. Januar besteht nach der stets festgehaltenen deutschen Aussicht ein Rechtsanspruch auf die Räumung der Kölner Zone. Auch abgesehen von diesem Rechtsanspruch hat das deutsche Volk nie begreifen können, daß man wegen eines, an der Gesamtabstimmung gemessen, unerheblichen Rechtes der Abstimmung ein volles Drittel der Bevölkerung aufrecht erhalten hat. Die Räumung der Kölner Zone ist in bestimmter Weise und zu bestimmten Terminten nun mehr beschlossen. Diese Termine sind unabhängig von der Erledigung der Entwaffnungsforderungen festgelegt. Gleichzeitig ist aber auch für die Entwaffnungsforderungen eine gründliche Vereinbarung erzielt. Die Erörterungen über die Zustimmung sind in Gang gebracht. Alles einzelne über die Entwicklung im übrigen ist aus dem dem Hohen Hause vorliegenden Weißbuch zu entnehmen. Fragen über diese Dinge werden bereits heute nachmittag im Auswärtigen Ausschuß beantwortet werden können.

Was nun

### die Rückwirkungen

selbst anbetrifft, so ist auch ihr derzeitiges Ausmaß durch das Weißbuch und durch die dem Hohen Hause besonders aufgegangene Ordonnanz 308 der Rheinlandskommission bekannt. Ich möchte an dieser Stelle nochmals aussprechen, daß die beiden Locarno-Diktaturen das volle Vertrauen gewonnen haben, daß die Außenminister der anderen Länder sich mit allem Nachdruck für möglichst weitgehende alßbalde praktische Rückwirkungen des Abschlusses einsehen wollen und eingestellt haben.

Will man zur richtigen Würdigung dessen kommen, was tatsächlich inzwischen an Rückwirkungen in Erscheinung getreten ist, so ist man an derartigen Wendes des Wege anzukommen, wo die Bünche und berechtigten Gefühle ihre realpolitische Nachprüfung an Hand der internationalen Gesamtlage erfahren müssen. Auf dem schwierigen Wege des deutschen Wiederaufstiegs kann und richtiger Rücksicht nur eine durchaus nützliche Betrachtung der Dinge sein. Es ist gerade die schwere Aufgabe der politisch Verantwortlichen, sich nicht von gefühlsmäßigen Einstellungen hinreiten zu lassen, sondern umgekehrt, ohne den feinen Willen zur Erreichung des Ziels zu lämmen, unseres Volkes den Maßstab der harten Wirklichkeit nahe zu bringen. Besonders aber darf die Entscheidung der verantwortlichen Organe nur von solcher realpolitischen Betrachtungsweise bestimmt werden.

Der praktische Weg unseres Volkes nach oben wird nur stufenweise vor sich gehen. Ein Rückblick auf das, was in den letzten Jahren geliehen ist, kann uns freilich mit dem stärkenden Bewußtsein erfüllen, daß dieser Weg trotz aller Not in seiner Hauptrichtung nach oben führt. Selbstverständlich ist auch bei den bisher vorliegenden Rückwirkungen noch eine erstaunende Ergründungsarbeit durch die Organe der deutschen Regierung zu leisten. Dabei will ich aber offen die Überzeugung der deutschen Regierung aussprechen, daß diese bereits ausgedrochenen oder getroffenen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit we sentliche Erfolsterungen in den besetzten Gebieten bedeuten und daß sie zum Teil auch von grundlegender Tragweite sind. Das gilt in erster Linie von der restlichen Abschaffung des Delegierten-

systems.

Natürlich wird außerordentlich viel darauf ankommen, wie weit und wie schnell die Zahl der fremden Truppen vermindert und welche Rücksicht dabei auf die vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten genommen wird. Bei dieser, wie bei allen anderen Fragen, liegt sicherlich sehr viel Entscheidendes in der Ausführung. Der neue deutsche Rheinlandskommissar wird nach dieser Richtung eine besonders große und verantwortliche, aber für die gesamte Zukunftsentwicklung vielleicht entscheidungsvolle Arbeit zu leisten haben. Die Grundlage dazu wird ihm die feste deutsche Einstellung im Sinne des Vertragswertes von Locarno in erster Linie von der restlichen Abschaffung des Delegierten-

systems.

Ich gebe der bestimmten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß auch alle Organe der Besatzungszone gemäß dem bestimmten befindlichen Willen ihrem Außenminister mithelfen werden, der rheinischen Bevölkerung und dem gesamten deutschen Volke die verbleibende Zeit nach allen Möglichkeiten zu erleichtern. Die deutsche Regierung erhält somit in dem Geschehen und in der Ausführung Begründungen einen Beweis dafür, daß die Rückwirkungen sich vollziehen.

Wie aber ist der Rückwirkungsbereiche so verstanden worden, als sollte oder könnte das ganze Werk der Rückwirkungen sofort in Erscheinung treten?

Vielleicht muß dieser Gedanke weiter getragen werden durch seine eigene innere Logik. Locarno ist, wie der britische Außenminister wiederholte ausgesprochen hat, und wie auch wir nicht oft wiederholen können, kein Ende, sondern ein Anfang. Wenn ich nun mehr zu der

**Schilderung des Vertragswerkes von Locarno** selbst übergehe, so stelle ich an die Spitze der Betrachtung die Frage des Eintritts in den Völkerbund, von deren Beziehung nach der Locarno-Abmachung die Inkraftsetzung des Gesamtvertrages abhängt. Mit dieser Frage verbinden sich sehr ernste Sorgen, die sich auf die Gesamtentwicklung Deutschlands in der internationalen Politik beziehen. Aber auch gefühlsmäßig bewegt die Frage des Völkerbundes das deutsche Volk besonders tief. Hier laufen zwei Strömungen im deutschen Volke gegeneinander an. Die eine sieht gerade im Eintritt in den Völkerbund die Vermittelung einer neuen Lebensgrundlage für das Welteltern Europa und damit auch einen festen Ausgangspunkt für die Wiedergewinnung der Deutschland gebührenden Stellung. Die andere Strömung ist davon befreit, daß der Völkerbund nach seiner Gründung nichts anderes zu seinem als ein Instrument zur Fortsetzung der gegen Deutschland gerichteten Politik von Versailles. Nun handelt es sich aber nicht nur darum, in diesem Widerstreit der Ausschüsse die nützlichen Interessen des deutschen Volkes zu erhalten, sondern es handelt sich um die ganz entscheidende Frage,

ob und wie sich Deutschlands gesamte westpolitische Lage durch den Eintritt in den Völkerbund verändert.

Dabei steht im Kernpunkt die Sorge, ob Deutschland etwa durch diesen Eintritt eine Westorientierung im Sinne einer Abwendung vom Osten vollziehen würde.

Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich eine solche Option zwischen West und Ost in Deutschlands geographischer Lage für einfach unmöglich halte.

Nach dieser Richtung sind die Erklärungen des britischen Außenministers, daß dem Völkerbund und der Politik der Völkerbundstaaten jede aggressive Absicht gegen Russland fernste, besonders bedeutsam. Daneben aber muß Deutschland von sich aus das Seine tun, um sich denjenigen Schutz gegen etwaige zukünftige politische Gefahren zu sichern, der in Deutschlands geographischer Lage unerlässlich ist. Hier stehen wir vor der großen

### Frage des Artikels 16

der Völkerbundsausübung. So viele Erörterungen bisher über Artikel 16 innerhalb und außerhalb des Völkerbundes auch stattgefunden haben, so unterliegt es doch nach der Völkerbundsausübung und der Erklärung der Völkerversammlung seinem Zweck, daß gegen den Willen eines Landes, also auch nicht gegen den Willen Deutschlands, jemals eine für das betreffende Land bindende Entscheidung getroffen werden kann, ob in einem gegebenen Falle die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 16 und gegen welche Staaten als Friedensbrecher vorliegen. Die Möglichkeit, daß wir uns in der einen oder anderen Form an einem Executionsverfahren gegen einen Staat beteiligen mühten, den wir selbst gar nicht